

Antje Dieterich

Solidarity Cities

**Lokale Strategien gegen Rassismus
und Neoliberalismus**

unrast transparent

bewegungslehre



Einleitung

»We don't think you fight fire with fire best; we think you fight fire with water best. We're going to fight racism not with racism, but we're going to fight with solidarity.«

Fred Hampton (Black Panther Party)

Das Zitat von Fred Hampton, seinerzeit Vorsitzender der Black Panther Party Illinois, war Teil einer Rede, in der sich der Aktivist mit dem Vorwurf befasste, dass die Black Panther Party weiße Amerikaner*innen hasse. Ein Vorwurf, der bereits frühzeitig in Stellung gebracht wurde, um die Arbeit dieser radikalen Bürgerrechtler*innen zu diskreditieren. Eine Situation, in der sich auch heute viele Menschen sehen, die sich für die Rechte Geflüchteter einsetzen. In unterschiedlicher Deutlichkeit wird dann gerne behauptet, dass »die Fremden« uns etwas wegnehmen. Formulierungen reichen von den offen rassistischen Anschuldigungen von Organisationen wie der AfD bis hin zu einem unter dem Mantel der Höflichkeit versteckten Rassismus der politischen Mitte. Da wird dann gerne behauptet, dass eben >nicht genug für alle da ist< und wir >unsere sozialen Sicherungssysteme schützen müssen<.

Diese Argumentationslinien waren in der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht sehr viel anders. Und so war die logische Fortführung des solidarischen Gedankens für Hampton folgender: »We say we're not going to fight capitalism with black capitalism, but we're going to fight it with socialism.« Und damit lässt sich auch schon gut ein Bogen zu den hier beschriebenen Solidarity und Sanctuary Cities schlagen. Nicht etwa, weil sie einen automatischen Weg zum Sozialismus ebnen. Sondern vielmehr, weil sie für den Versuch stehen, solidarische Antworten auf die Probleme in unseren Städten zu finden. Und letztendlich stellen sie sich damit gegen ein System, das diese Ungleichheiten produziert und auf ihnen basiert. Die Aktivist*innen der Bürgerrechtsbewegung der

50er und 60er Jahre in den USA haben diesen Zusammenhang immer wieder sehr deutlich benannt. So hat Martin Luther King neben seiner christlich orientierten Gewaltfreiheit von Anfang an auch betont, dass ein auf Ungleichheit basierendes ökonomisches System einer friedlichen und freien Gesellschaft immer im Wege stehen wird. Diese enge Verbindung religiöser und (radikal) linkspolitischer Ideen stehen am Anfang des hier betrachteten Konzeptes: der Idee, einem harschen, in aller Konsequenz gewalttätigen System nachbarschaftliche Solidarität entgegenzustellen – ein wenig Licht gegen die Dunkelheit einer krisenbehafteten Zeit.

Doch einleitend muss der Blick auf die Dunkelheit fallen: Und dunkel ist es zurzeit, vor allem für all jene, die Ihr Zuhause verloren haben und aufgrund von Kriegen, Katastrophen und Armut auf der Suche nach einem Schutzraum sind und einem Leben in Frieden. Sie wenden sich voller Hoffnung den Regionen zu, die häufig Auslöser der Probleme, aber von den schrecklichen Konsequenzen nicht betroffen sind. Es ist die Suche nach einem Sanctuary oder Zufluchtsort, einem Ort, der Sicherheit bietet vor den Gefahren des ›Außens‹, den Gefahren, die jenseits des sicheren Zufluchtsortes lauern.

Für Menschen, die nach Europa flüchten, ist dieser gefährliche Raum nicht überwunden, wenn die europäische Außengrenze überwunden ist. Er ist nicht auf die von Kriegen und Krisen gezeichneten Staaten beschränkt, aus denen die Menschen fliehen. Wenn wir uns umschaun, ist dieses lebensfeindliche Umland auch das europäische Grenzregime, das die Suche nach Schutz selbst zu einer tödlichen Gefahr macht. Dieses Grenzregime ist nicht etwa beschränkt auf die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Vielmehr zieht sich es sich weit ins Inland, durchdringt unseren Alltag an jeder Ecke. Es schließt eine Gesetzgebung ein, die Abschiebungen in Bürgerkriegsregionen ebenso ermöglicht wie in Staaten, die ihre Minderheiten nicht vor Genoziden zu schützen gedenken. Es zeigt sich, wenn Menschen gezwungen werden, lange

Monate und Jahre in Containern zu leben, wenn Kindern der Zugang zur Schule verwehrt wird. Und es vermischt sich mit rassistischen Ausgrenzungen, wodurch die Mitgliedschaft im Sportverein, die Behandlung im Krankenhaus, die Bedienung an der Käsetheke zu Vorgängen werden, in denen Grenzen beständig erlebt und verfestigt werden.

Und was tun die, die hier schon lange leben? Der globale Norden, oder um konkreter zu werden, wir in der Europäischen Union, haben es uns recht gemütlich gemacht in einer neoliberalen Weltordnung, die darauf ausgelegt ist, unsere Privilegien zu schützen. Natürlich wissen wir, dass wir den Globus weit über seine Möglichkeiten hinaus ausbeuten, wir wissen, dass es ökonomische Ungerechtigkeit gibt auf der Welt, aber in der Regel gelingt es uns recht gut, diese Tatsachen zu verdrängen. Wir haben schließlich ganz Europa als Zufluchtsort. Manchmal greifen wir uns hier sogar ein wenig gegenseitig solidarisch unter die Arme. Das mit den Kriegen haben wir hinter uns gelassen und unsere Gesetzgebung schützt Menschen vor Diskriminierung. Den Humanismus haben wir hier praktisch erfunden, deshalb ist es hier ja auch so freundlich. Die Menschenrechte muss uns wirklich niemand erklären. Und eine ganze Weile schien uns diese schöne Geschichte so zu genügen.

Erst in der zweiten Dekade des neuen Jahrtausends wurden die Bedingungen >auf einmal< rauer, wie es schien. Weltweit konnten wir den beginnenden Zusammenbruch der ökonomischen Ordnung beobachten, die doch für uns hier so gut funktioniert hatte. Schuldenkrise, Eurokrise, Inflationskrise – der Zusammenbruch, der 2007 begann, hatte so einige Namen, die jedoch alle dasselbe Phänomen beschrieben. Ausgelöst in den USA, kam es zu einem Kollaps des überschuldeten Finanzsystems, der dann wiederum die sogenannte Realwirtschaft zum Erliegen brachte.

Und mit diesem Zusammenbruch kam es nicht nur zu einer Verarmung in zahlreichen Regionen dieser Welt, sondern in einem zweiten Schritt zu einer politischen Mobilisierung,

die wir heute als Bewegung der Plätze beschreiben: Athen, Bengasi, Istanbul, Kairo, Madrid, New York, Paris, Teheran, Tunis und noch viele mehr. Diese relativ jungen und an vielen Orten übrigens besonders urbanen Proteste waren der Beginn eines neuen politischen Zyklus, der das Ende der diskursiven Dominanz des Neoliberalismus markierte. Das heißt, von den 1980er Jahren bis zur Krise ab 2007 war die Idee einer Weltordnung, in der >der Markt< alle anderen Lebensbereiche dominiert und es damit allen gut gehen wird, eine, die als alternativlos galt. Mit dem Zusammenbruch von 2007/8 gab es dann allerdings eine Art Rückbesinnung auf sozialdemokratische und sozialistische Systeme, in denen der Markt sich (unterschiedlich stark) den Bedürfnissen der Menschen unterordnen muss. Eine Alternative war also wieder vorstellbar. Diese Rückbesinnung hat aber nicht unbedingt zu einer praktischen Neuordnung geführt. Vielmehr befinden wir uns jetzt in einer Phase, in der gegenläufige Ideale und Visionen in einem offenen Konflikt miteinander stehen. Unter anderem ausgedrückt durch eine Radikalisierung der politischen Landschaft.

Diese Radikalisierung bildet eine Art Hintergrundmusik für die Etablierung von Sanctuary und Solidarity Cities in Europa. Denn die Bewegungen um die Städte stehen auch dafür, dass wir uns zurzeit in einer Phase befinden, in der Menschen verstärkt das Bedürfnis haben, sich politisch einzubringen. Für links und auch liberal eingestellte Menschen führte nicht nur der ökonomische Zusammenbruch zu diesem Wunsch, sondern auch die erfolgreiche Mobilisierung von rechts und das Entstehen bzw. rasante Wachsen rechtspopulistischer Organisationen. Nach den Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung ist es vielfach jedoch schwierig, einen Angriffs- oder Einstiegspunkt zu finden. Zu oft scheinen internationale Konzerne oder internationale Organisationen Regeln vorzugeben, die wir nicht adressieren können. Es hat eine Art Entfremdung stattgefunden zwischen unserer Lebensrealität und den Me-

chanismen, die diese Realität formen. Der Rückzug auf lokale Politiken bietet da eine Hilfestellung. Denn auch wenn eine globale Weltordnung zu den Bedingungen für Menschen auf der Flucht führt, oder auch zu den Immobilienpreisen in Barcelona und den rigiden Rentenkürzungen in Griechenland, so spüren wir die Folgen einer solchen Ordnung ebenfalls in unserem alltäglichen Lebensraum. Global lässt sich verstehen, aber letztendlich nicht erfahren. Das wiederum findet statt in der Stadt oder der Gemeinde, in der wir leben.

Und an dieser Stelle komme ich zurück zu dem einleitenden Zitat. Denn auf dieser lokalen Ebene können wir nämlich mit Solidarität antworten. Wir können durch gemeinsame politische Arbeit und die Suche nach praktischen Lösungen rassistischen Diskursen den Boden entziehen. Wenn die Folge von jahrelanger Sparpolitik ist, dass es keine vernünftige Infrastruktur in der Stadt gibt, dann kann ich mich genau dafür einsetzen. Ich kann bezahlbare Wohnungen für Menschen mit und ohne Fluchterfahrung erkämpfen oder auf dem Schulhof nebenan beim Bau eines Klettergerüsts helfen. Sowohl die Probleme als auch die Lösungen sind in dem lokalen Kontext sehr greifbar und sehr direkt. Weder ein tiefgreifendes Verständnis globaler Ordnungen noch eine Verbindung nach Brüssel ist dafür vonnöten.

In diesem Buch geht es um eben diese Chancen und Möglichkeiten, die sich hinter der Idee der Sanctuary und Solidarity Cities verbergen. Neben der Vorgeschichte und der Reise des Konzeptes über den Atlantik bieten drei sehr verschiedene solidarische Städte die Möglichkeit, über Anwendungsbeispiele nachzudenken, und gerne auch Motivation, die Möglichkeiten einer solidarischen Stadt oder Nachbarschaft anderenorts auszuloten. Ein Handbuch für einen Pfad zur solidarischen Stadt kann ich allerdings nicht liefern, denn wie sich zeigen wird, sind die möglichen Pfade dafür schlicht zu zahlreich.

Die drei Städte, deren Bewegungen für eine solidarische Stadt hier beschrieben werden, sind daher auch eher willkür-

lich gewählt – wodurch andere Projekte notwendigerweise ignoriert wurden. Ausschlaggebend war nicht etwa eine Bewertung der einzelnen Städte. Vielmehr basierte die Auswahl auf eher praktischen Überlegungen. Neben den persönlichen Verbindungen, dem Zugang zu Information und der Sichtbarkeit ist die Wahl auch ein Versuch, die große Diversität des Konzeptes und seiner Akteur*innen abzubilden. Daher überrascht es sicher nicht, dass sich die Solidarity-City-Ideen in den gewählten Städten ganz massiv unterscheiden. In Sheffield konzentriert sich eine »Sanctuary City Sheffield«-Organisation ganz explizit auf Geflüchtete und Migrant*innen, in Barcelona hingegen versucht eine Wahlplattform, sich in der Stadtregierung für alle Menschen in der Stadt einzusetzen, und in Berlin adressiert ein unabhängig organisiertes, linkes Netzwerk soziale Probleme in der Stadt mit illegalisiert lebenden Menschen im Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese Städte bilden auch eine Bandbreite von Organisationsformen und Akteur*innen ab, die für das Verständnis des Konzeptes relevant sind. Was den Städten interessanter Weise gemein ist, ist ihre linke Geschichte. In allen drei Orten, so meine mehr oder weniger fundierte Annahme, schuf eine längere Geschichte linker Kämpfe gegen soziale Ungerechtigkeit und Unterdrückungen die Basis dafür, dass Sanctuary und Solidarity Cities entstehen konnten.

Und was ist es nun, Sanctuary oder Solidarity City? Die Begriffe werden beide bis heute parallel benutzt und eine scharfe Trennlinie existiert nicht. Da es sich nicht um geschützte Begriffe handelt, obliegt die Definition immer auch ein wenig der Person, die sie nutzen möchte. Einige Aktivist*innen vertreten die Position, dass es sich bei einer Sanctuary City eher um eine Strategie handelt, die sich darauf konzentriert, die jeweilige Stadtregierung zur rechtlichen Besserstellung von illegalisiert lebenden Menschen zu bewegen. Wohingegen eine Solidarity City eher darauf basiert, dass zivilgesellschaftliche Organisationen sich für Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus

einsetzen. Die hier beschriebenen Beispiele aus Berlin und Sheffield zeigen aber, dass diese Definition in der Praxis nicht immer stimmt. Was sich recht sicher sagen lässt, ist, dass der Begriff Sanctuary eher ein kirchlicher ist. Die Übersetzung ist etwas schwierig, weshalb ich in diesem Buch bei dem englischen Begriff bleiben werde. Die deutsche Entsprechung ist eine Verbindung aus den Begriffen Heiligtum, Altar sowie Schutzraum, Asyl. Da die moderne Bewegung der Städte als Schutzraum in den USA von Kirchengemeinden initiiert wurde, überrascht diese religiöse Bezeichnung nicht.

In Europa ist es hingegen so, dass die Rolle der Kirchen innerhalb der Gesellschaft häufig eine etwas andere ist. Und auch wenn einige religiöse Organisationen involviert sind, ist die Bewegung doch sehr viel stärker von politischen oder nicht-religiösen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteur*innen getragen. Gerade linken politischen Akteur*innen ist der religiöse Sanctuary-Begriff häufig weniger recht, und viele Bewegungen entscheiden sich daher für den Begriff Solidarity City oder eben solidarische Stadt. Für dieses Buch verwende ich die Begriffe so, wie sie von den jeweiligen Akteur*innen genutzt werden, beziehungsweise so, wie sie in der jeweilige Phase dominierten.